

Wohlfahrt

Das "Wohlfahrt" erscheint am Sonntag...
Verleger: Carl Winterhagen & Co., Leipzig
Druck: Carl Winterhagen & Co., Leipzig

Sozialdemokratische Tageszeitung
für
Salle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Verlegerpreis monatlich 1,70 RM. und 0,30 RM. für
Abbestellende...
Druck: Carl Winterhagen & Co., Leipzig

Wähler und Wählerinnen!

**Entscheidet am 20. Mai für die Befreiung der Arbeiterklasse,
für Weltfrieden und Sozialismus!**

Das Ergebnis des ersten französischen Wahlganges.

Von F. O. S. Schulz.

Trotz der Mangelhaftigkeit der von den
gefrühten französischen Wähler...
Die Partei von Poincaré haben ge-
glaubt.

Wie ist dieses Ergebnis zu er-
klären? Es gab genug Leute in Deutschland,
die sich der Hoffnung hingaben, daß das französische
Volk in seiner Mehrheit keine andere Schön-
heit als die hat, sich mit Deutschland besser
als bisher zu vertragen, die der Meinung
waren, daß die Forderungen der deutschen
Wahlpolitik gleichbedeutend mit den Forderungen
der französischen Außenpolitik seien.
Die ganz übersehen, daß die französische Aktion
trotz eigener wirtschaftlicher und ihrer
eigene von Deutschland unabhängige ider-
gische Struktur besitzt. Die laute Sprache
einer kaiserlichen Pariser Boulevard-
Mutter hatte einzelne von und leicht darüber
ausgesprochen, daß die politische Stim-
mung in Paris und in den großen Provinz-
städten von einem ausgeprägten nationa-
listischen Geiste geprägt wird, die einer
Verhandlung mit Deutschland nicht gerade
übermäßig wohlwollend gegenübersteht und
die in der Hauptsache hoch oben liegt,
daß sie behauptet, die französische Misere rühre
aus dem von Deutschland entfalteten Kriege
und aus der humanitären Weigerung
des deutschen Volkes her, seinen Verpflichtungen
auch in Reparationspflichten ausreichend
zu genügen. Da einer so erzeugten politischen
Wendigkeit konnte keine Rede davon sein, daß
das französische Volk seine Wahlpolitik am
20. April unter der Parole der interna-
tionalen Demokratie und der
Verständigung mit Deutschland
schlagen würde. Aber das annahm, hatte sich
in einem feigen Abklagebogen gezeigt.

Seit den letzten Kammerwahlen haben
weder Socaux noch Thaurin, sondern die fran-
zösischen Wähler sich über die tiefste im
Wahlkampf des Interesses unserer westlichen
Nachbarn. Es dürfte noch allgemein bekannt
sein, daß das Sozialistische, das 1924 den
Nationalen Blod abwies, im Jahre 1926 darüber
in die Brüche ging, daß es sich über die Form
der Frankenstabilisierung nicht zu
einigen vermochte. Wenn aus diesem Bruch
auch kein neuer nationaler Blod hervorging,
so wurde die Situation doch dadurch genügend
geklärt, daß eine neue Regierung der
 sogenannten Konzentration aller
nationalen Kräfte entstand, an deren
Spitze nunmehr Herr Poincaré, der Führer
des 1924 besiegten Nationalen Blods, auf-
tauchte. Poincaré vereinigte das Minister-
kabinett und das Finanzministerium
in seiner Hand. Und wenn es ihm auch
nicht gelang — er behauptet, das auch nicht
gesehlt zu haben —, den Frankens aus seiner
ursprünglichen Goldbasis zu stabilisieren, so
gelang ihm doch, ihn vor dem weiteren Abglei-
ten in die Inflation zu bewahren. Es gelang
Poincaré, Frankreich wieder zu einer festen
Währung zu verhelfen, den Frankens aus auf
einem sich gleichbleibenden Tausch-
faktor zu machen.

Diese Tatsache setzte sich im Bewußtsein
des französischen Volkes als der große Erfolg
Poincarés fest, als Erfolg der Regierung der
Konzentration, die ihr Ziel erreicht, so ver-
stehen man der Nation, erst hätte vollbringen können,
während das zunächst durch Auscheiden
der Sozialisten in die Brüche gegangen sei.
Die Reichsblätter wurden nicht müde, auf
diese Vorgänge hinzuweisen und der Reiner-
liche Karumoren, daß infolge des mangeln-
den Willens der französischen Sozialisten,
praktische Arbeit zu leisten, dem Geldmarkt
und damit der Wirtschaft nicht abgeholfen wer-

Schicksalsmonat ist in diesem Jahre der Mai!
Sein erstes Tag ruft das arbeitende Volk
zur großen Kundgebung für Weltfrieden,
Wohlfahrt und Sozialismus. An seinem
dritten Sonntag wird der Deutsche Reichstag,
werden viele Landtage neu gewählt. Über die
Gestaltung der Welt, über die Demokratisie-
rung der Verwaltung fällt die Entscheidung.

Die demokratische Republik, Euer Wert, hat
das Wahlrecht aus der Politik befreit, von
Euch, Wähler und Wählerinnen, geht die poli-
tische Macht aus. Die Arbeitenden in Fabrik
und Berg, in den Fabriken und den Kontoren,
in den Kantinen und den Stätten der Wissen-
schaft bilden die Mittel der deutschen
Wohlfahrt. Gebraucht, wertvolle Massen, Euer
politische Macht und Ihr werdet zur Befreiung
vom Wahlrecht in der Wirtschaft erziehen.

Schwer hat in den letzten Jahren die Ge-
walt der Reaktion auf Deutschland gelafet!
Die Regierung des Bürgerblodes
bedeutete den Stillstand in der europäischen Poli-
tik. Die Demokratischen haben sich all-
dings den Erfordernissen der ausmännigen
Politik untergeordnet, die von der Sozial-
demokratie zuerst begonnen, von
Birch und Stresemann mit unserer
Billigung fortgeführt wurde, der Politik, die
durch Erfüllung zur Befreiung führt. Die
Deutschen Nationalen haben erfüllt, haben
die Entlohnungsgesetze mitgeschloffen, aber die
Anwesenheit dieser Weltwirtschaften auf Urlaub war
eine schwere Belastung und konnte keine
außenpolitischen Fortschritt.

Die nächste Zukunft schon stellt uns vor
bringende Aufgaben. Die Befreiung der
Kriegslande von fremder Besatzung ist un-
ausführbar. Die Reparationsforderungen müssen
erleichtert und endgültig begrenzt werden. Der
Friede muß durch Abrüstung und Schieds-
gerichtsbarkeit gesichert, der Völkerverdramatisierung
und zu einem wirksamen Instrument der
Friedensicherung gemacht, der Krieg als Mittel
der Politik geachtet werden. Der herrliche Vor-
marsch der Arbeiterklasse allein verdrängt die
Wohlfahrtspolitik.

Entscheidet, Wähler und Wählerinnen, am
20. Mai gegen Militarismus und Kriegs-
gesetz, für die Befreiungspolitik und die
Friedensicherung!

Herrschaft der Reaktion bedeutet Gefährdung
der Sozialpolitik. Ganz freilich bleibt in der
Demokratie der Einfluß der arbeitenden Massen.
Der Sozialdemokratie ist es trotz Bürgerblodes
gelungen, im Reichstag das Arbeits-
gesetz, eine, wenn auch ungenügende
Verbesseung der Sozialtarife und vor allem
die Arbeitslosenversicherung durch-
zusetzen — gegen den erbitterten Widerstand
eines Teiles der Regierungsparteien. Aber die
Mächte der Sozialreaktion geben das Spiel nicht
verloren. Unter Führung der Deutschna-
tionalen in rechten Schwerindustrie und Groß-
agrarien den Angriff gegen die „Soziallasten“,
gegen die Versicherung der Arbeiterklasse, die sie
als „Versicherung der Frauen und Arbeits-
losen“ schmähern.

Am 20. Mai entscheidet Ihr, Wähler und
Wählerinnen, über

Fortführung oder Stillstand der Sozialpolitik.
Der kommende Reichstag beschließt über das
Arbeitsgesetz. Die Entscheidung über den Wahl-
senkungsbund für sich an. Seiner Erhaltung
galt seit 1890 die internationale Demonstration
des 1. Mai. Keine bessere Maßfeier in diesem
Jahre als der Entscheidung, alles daranzusetzen,

den 20. Mai durch unermüdete Organisations-
und Werbearbeit zu einem Siegestag der So-
zialdemokratie zu gestalten.

Das deutsche Arbeitszeitgesetz wird
über die Ratifizierung des internationalen Ab-
kommens von Washington entscheiden. Der
Reichstagsentwurf in Deutschland macht den Acht-
stundentag zum internationalen Gesetz.

Über Eure Freiheit, über Euren Anteil am
Arbeitsvertrag und damit über Euren Anteil
an den Gütern der Kultur entscheidet Ihr,
Wähler und Wählerinnen, am 20. Mai.
Mindestens 600 000 Wohnungen fehlen in
Deutschland.

entliehenes Wohnungsgeld berechtigt in vielen
Ländern, Ausgestaltung des Winterurlaubes,
Schaffung eines ausreichenden Reiches an
Wohnung sind unabwendbare Forderungen der
Sozialdemokratie. In ihrer Erfüllung beharrt
die Zurückdrängung des Einflusses der Haus-
herren in den bürgerlichen Parteien.

Steigerung der Lohnsätze, rück-
sichtloses Ausschüttung der Maschinenleistung,
Schonung des Betriebes, das was die Finanz-
politik des Bürgerblodes.

Drosselung der Geistesleistung,
Staat, Vorkämpfung für Arbeiter und
andere Maßnahmen, ungenügende Handels-
verträge keine Wirtschaftspolitik.
Wollt Ihr, Wähler und Wählerinnen, eine
gerade Geistespolitik, wollt Ihr eine
Handelspolitik, die der deutschen In-
dustrie neue Wege öffnet und die Arbeits-
losigkeit einstänkt, so entscheidet für die
Sozialdemokratie!

Wollt Ihr eine sparsame Finanz-
politik, die neue Baumaßnahmen
vermeidet, wollt Ihr die Befestigung eines
überleben und sozialistischen Parlamentarismus
dann geht Euer Stimme der Sozialdemokratie!
Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeug-
nisse ist ein wichtiges Interesse der Arbeiter-
schaft. Gebung der bäuerlichen Kaufkraft schafft
vermehrten Absatz der industriellen Produkte
und vermehrt Beschäftigung. Ungenügend und
ideelles ist das Programm der deutschnationalen
Regierung.

Neue Wege für Rabatte Preise der Agrarprodukte,
für den direkten Verkehr zwischen ländlichen
Gewerben und der organisierten Agrarproduzenten
der Städte, für die Gebung der Agrarproduktion
und für die Verbesserung der Lage des Landvolkes
weist das Agrarprogramm der Sozialdemokratie.

Ein unwürdiges Spiel haben die Parteien
des Reichstags mit dem hohen Volkstag der
Schule getrieben. Wir protestieren gegen die
Zerstückelung der Gewerkschaften durch künstliche
Schärfung der religiösen Gegensätze. Gleich

Deshalb Wähler und Wählerinnen, auf zum Wahlkampf!

**Ihr, Sozialisten, zur Feier des 1. Mai,
zum großen Kampftag der kommenden Entscheidung!**

Ihr die Befreiung der Arbeiterklasse, für Weltfrieden und Sozialismus!

Stimmt am 20. Mai für die Sozialdemokratie!

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Sozialistische Gewerkschaften-
Wahlfolge in Kanten.**

Wien, 23. April. (Wohlfahrt.)

Lage, gleiche Interessen verbinden alle Arbeiter
aller Weltanschauungen! Gebung der Wohlfahrt,
Bildung, Aufstieg der Begabten aus den Reihen
der Arbeiterchaft,

Erhebung des Bildungsprivilegs der Besessenen,
das sind die Kulturforderungen der Sozialdemo-
kratie!

In schwerster Zeit hat die Sozialdemokratie
die Verantwortung im Reiche getragen. Aus
dem Zusammenbruch hat sie dem deutschen Volk
den Weg zum Wiederaufstieg gewiesen. Aus
den Trümmern des Kaiserreiches hat sie die Re-
publik geschaffen. Allen Männern und Frauen
gab sie gleiche politische Rechte.

Als Preußen, der reaktionären Seite des
Dreikaiserreiches, schuf sie den Part
der Republik.

In der Unruhe und Energie der preussischen
Regierung scheiterten die gefährlichsten Angriffe
der Reaktion und die Wahnsinnstheorie der
Bürgerblodes. Die Demokratisierung der
Verwaltung schreitet trotz aller Widerstände,
trotz aller Jagdhaftigkeit der bürgerlichen Par-
teien fort. Eine Wahlpolitik nach der Partei
wird den Jungen entziffen.

Gebent, Wähler und Wählerinnen, am
20. Mai des Wertes von Euren und
Severing. Erringt Euch in den Säubern
neue Macht!

Das große Aufbauprogramm des Sozialismus
kann nur vollendet werden von einer einzigen,
geschlossenen Arbeiterpartei. Die Kommuni-
sten haben die Arbeiterbewe-
gung gespalten, haben ihre Verführungs-
arbeit während der schwersten Kämpfe in die
Gewerkschaften und Genossenschaften getragen.
Sie bedeuten Schwächung und Desorganisation.
Nicht Herpflitterung kann der Arbeiterchaft
helfen, sondern nur

**Sammlung unter der Fahne der großen
Partei der Sozialdemokratie.**

Wählt sozialdemokratisch und Ihr verwirk-
licht die politische Einheit der Arbeiterbewegung!
Die demokratische Republik gibt Euch, den
arbeitenden Massen, die Möglichkeit der Macht-
erregung. Gegen die Demokratie heißt des-
halb die Lösung des reaktionären Bürger-
tum s. Regierung der Macht des Reichs-
präsidenten, Ausschaltung des Eintrages der
Parlamente in Reich, Ländern und Gemeinden
fordert die Demokratischen als Vorkämpfer
der Reaktion. Von den Gegnern muß man
lernen. Schutz der Republik, Durchsetzung der
vollen Demokratie und durch die Demokratie
Verwirklichung des Sozialismus, das ist das
Engziel unseres Kampfes.

trahieren einen beträchtlichen Stimmen- und
Wahlvermögen erzielen. Namentlich in den kleinen
Landgemeinden steigerte sie im Vergleich zu den
letzten Wahlen ihre Stimmzahl merklich. Aus
den letzten Wahlergebnissen vorliegenden Ergebnissen
ergibt sich ein Wandlungsprozess für die Sozialisten
von 4 bis 10 Stimmen. In fünf Wahlbezirken kann
man sie außerhalb des Bürgerblodes erwarten.

den konnte, bis sich Poincaré und die Sozialisten entschlossen, das Ruder der Regierung wieder in die Hand zu nehmen. Wir haben hier einen Vorgang, der dem von 1923 und 1924 in Deutschland fast ähneln. Bekanntlich wurde der Wahlkampf im Mai 1924 gegen die Sozialdemokraten dadurch entschieden, daß im Falle der Auflösung verbreitet wurde, die Stabilisierung der Wirt. sei das Werk Poincarés, Eiffels und der Technokraten.

Wie weit die französischen Sozialisten selbst an dem unerwartlichen Ausgang der Wahlschlacht schuld sind, das werden wir gewiß zu ihrem Teil gründlich zu untersuchen haben und, wenn glauben, daß wir gewiß zu tun unterrichten. Wir haben im Jahre 1926 an dieser Stelle kein Recht daraus gemacht, daß die Abstinenzliste unserer französischen Parteigenossen für verkehrt halten. Gewiß, die Möglichkeit einer Frankenstabilisierung nach der von ihnen gewünschten Methode der Kapitalbeschlagnahme bestand bei den Wechsellagerverhältnissen des französischen Parlaments nicht. Aus dieser Unmöglichkeit jedoch die andere Unmöglichkeit der Teilnahme an einer Regierung der Wirtschaftsstabilisierung bezugnehmend, war unsere Auffassung nach ein schwerer Fehler, der sich bei erster Gelegenheit nach erfolgter Festigung des Frankens rächen mußte.

Das Volk sieht nicht auf die Taktik, sondern entscheidet über die Politik nach dem

Erfolge. Die Poincaristen haben in diesem Wahlkampf die ungeheurer billigen und schlagkräftigen Argumente gehabt, wir haben den Franken stabilisiert, die Sozialparteien haben sich bei der Erörterung des Stabilisierungsproblems gerast, um schließlich als feindliche Brüder auseinanderzuliegen. Die Sicherheit des Frankens und die futuristische Behauptung Poincarés, meine nächste Aufgabe wird sein, den Franken wieder auf Goldbasis zu bringen, waren die entscheidenden Gesichtspunkte für die französischen Wähler.

Die Ergebnisse dieses Wahlkampfes zeigen ebenso wie die Resultate zahlreicher deutscher Wählerwahlen im letzten Jahr, daß in demokratischen Staaten der Satz: Wer in der Regierung ist, verliert, und wer in der Opposition ist, gewinnt, keine absolute Wahrheit ist, nicht mehr. Darüber werden auch unsere französischen Parteigenossen, wenn die am 29. stattfindenden Stichwahlen vorüber sind, nachzudenken haben. Und das um so mehr, als am Tage vor der Wahl einer ihrer prominentesten Führer die These aufstellte, die sozialistische Partei Frankreichs würde sehr zu eile gebandelt, als sie feinerzeit nicht in eine Regierung des Einkartells eintrat.

Ueber die Rückwirkungen des französischen Wahlergebnisses auf Deutschland werden wir morgen unsere Auffassung mitteilen.

Böser Reinfall des Stahlhelms in Berlin-Neudöhlen

Wirksamste Antwort auf eine dreiste Provokation

Berlin, 28. April. (Radioübertragung.) Am Sonntagmorgen gegen 12 Uhr wurden in Berlin-Neudöhlen in mehreren politischen Zusammenkünften politische Stahlhelmen und anberaubenden Wehrdienstleistungen. Der Stahlhelm demoralisiert ausgenommen in der Reichshauptstadt ausgenommen in dem Reichshauptstadt Arbeiterdienstleistungen. Schon vor dem Beginn der Kapelle gestaltete sich äußerst provokierend. Als dann später die einzelnen Stahlhelmen abmarschieren wollten, gerieten sie mit dem Stahlhelm, das die Bürgerkriegs nicht befehligen und den Zug mit Jähren und Pfeifen begründete in schwere Prügeleien. Gegner des Stahlhelms konnten aus Steinen und Holzstücken verschiedene Barrikaden, um den Zug aufzuhalten.

Die Polizei griff sofort mit großer Energie und einem großen Aufgebot von Beamten ein. Sie ging zunächst mit dem Gummistock vor, und als dann noch mehrere Schüsse in die Luft abgegeben worden waren, konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Mehrere Beamte wurden bei dem Unruhesturz verletzt. Einige erlitten einige Stahlhelmer und Straßenbahnfahrer leichte Verletzungen. Insgesamt wurden über 50 Personen festgenommen.

Die Polizei griff sofort mit großer Energie und einem großen Aufgebot von Beamten ein. Sie ging zunächst mit dem Gummistock vor, und als dann noch mehrere Schüsse in die Luft abgegeben worden waren, konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Mehrere Beamte wurden bei dem Unruhesturz verletzt. Einige erlitten einige Stahlhelmer und Straßenbahnfahrer leichte Verletzungen. Insgesamt wurden über 50 Personen festgenommen.

Die Polizei griff sofort mit großer Energie und einem großen Aufgebot von Beamten ein. Sie ging zunächst mit dem Gummistock vor, und als dann noch mehrere Schüsse in die Luft abgegeben worden waren, konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Mehrere Beamte wurden bei dem Unruhesturz verletzt. Einige erlitten einige Stahlhelmer und Straßenbahnfahrer leichte Verletzungen. Insgesamt wurden über 50 Personen festgenommen.

Die Polizei griff sofort mit großer Energie und einem großen Aufgebot von Beamten ein. Sie ging zunächst mit dem Gummistock vor, und als dann noch mehrere Schüsse in die Luft abgegeben worden waren, konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Mehrere Beamte wurden bei dem Unruhesturz verletzt. Einige erlitten einige Stahlhelmer und Straßenbahnfahrer leichte Verletzungen. Insgesamt wurden über 50 Personen festgenommen.

Die Polizei griff sofort mit großer Energie und einem großen Aufgebot von Beamten ein. Sie ging zunächst mit dem Gummistock vor, und als dann noch mehrere Schüsse in die Luft abgegeben worden waren, konnte die Ruhe wiederhergestellt werden. Mehrere Beamte wurden bei dem Unruhesturz verletzt. Einige erlitten einige Stahlhelmer und Straßenbahnfahrer leichte Verletzungen. Insgesamt wurden über 50 Personen festgenommen.

Leon Blum's Fazit.

Paris, 28. April. (Radioübertragung.) Die Pariser Presse hält sich in ihren Kommentaren zu den bisherigen Wahlergebnissen noch außerordentlich zurück. Leon Blum im "Populaire" stellt fest, daß die Wähler einen Reiz nach rechts empfunden hätten. Die Reaktion habe aufsteigend an Boden gewonnen. Kammerling in Paris habe die Kampagne gegen das

Poincaré schlägt mit seiner Frankens-Itabilisierung die Wahlschlacht

Ruf nach rechts

Die Aussichten nach dem ersten Wahlgang - Stichwahlen am 29. April

Paris, 28. April. (Radioübertragung.) Der erste Wahlgang der französischen Wahlen hat erwartungsgemäß nur einen Bruchteil der Wahlkreise in endgültiges Ergebnis gebracht. Bis 4 Uhr morgens lagen etwa 400 Wahlkreise vor. Es war aber nur an rund 110 Stellen die Entscheidung gefallen. Überall sonst wird eine Stichwahl notwendig sein. Da die Entscheidung zunächst in jenen Wahlkreisen fällt, die sich nicht entschieden haben, werden die Wähler in den verbleibenden Wahlkreisen die entscheidenden Schlüsse ziehen. Es sind bisher gewählt: Sozialisten 18, Kommunisten 9, Radikale und sozialistische Republikaner 13, gemäßigte Radikale (Goudeur-Gruppe) 10, gemäßigte Republikaner (Richtung Poincaré) 22, Radikalisches Zentrum (Nationalisten der Richtung Marin) 45, Konservativ (Radikale und dergl.) 5.

durchgem sehr gut abgeschnitten hat, so hat es natürlich nicht den Anschein, als ob Poincaré in der Zukunft auf ihre Stimmen wird verzichten können. Die Sozialisten haben in Paris und Umgebung, wo die Partei seit der Spaltung nur über eine schwache Organisation verfügt, mächtig, zum Teil sogar schlecht abgeschnitten. In der Provinz, besonders in Marseille, Lyon und dem industriellen Norden sind die Sozialisten für die Sozialisten im allgemeinen erheblich besser, zum Teil sogar sehr gut. Auf alle Fälle wird allerdings im ersten Augenblick die Tatsache bedeuten, daß Leon Blum entgegen den übertriebenen Erwartungen der letzten Tage der kommunistischen Stimmungsänderung gegenüber den künftigen Abgeordneten (Duclos) zum Opfer gefallen ist. Blum hat nur 9000 Stimmen erhalten, rund 1400 weniger, als bei den 30 Jahren Gesandnis verurteilt Duclos. Eine Stichwahl ist notwendig, da aber den Arbeiterpartei eine Wahl des radikalen Kandidaten in diesem überlegend parteifreien Randgebiet, die Blum entschlossen, gegenüber Duclos zurückzutreten. In ganz Paris und Um-

Der klassische Illustrator der Odyssee.

Zum 50. Todestage von Friedrich Preller am 23. April.

Der thüringische Maler Friedrich Preller, der am 25. April 1804 in Eisenach das Licht der Welt erblickte, hat sich durch eine große Zahl von See-, Strand- und Gebirgsbildern als trefflicher Landschaftsmaler bekannt gemacht. Seine gilt es vor allem aber als Maler der vom Geiste der Romantik inspirierten heimlich-ästhetischen Landschaftsmaler. Dieser Raum gründlich bei Prellers Odyssee-Landschaften, die an Größe der Konzeption, Tiefe der Auffassung und Kraft der Bienenführung den unergleichlichen Meister des erhabenen, großartigen Eitel kennzeichnen. Preller hatte, als er als junger Mensch in der Zeichenschule zu Weimar arbeitete, das Glück, in Goethe einen einflussreichen Förderer und (adversarischen) Berater zu finden. In harter Erkenntnis der auf das Gedächtnis und Erhabene gerichteten Eigenart dieses Talents empfahl Goethe den jungen Zeichenschüler, sich besonders Poussin und Claude Lorraine zu Vorbildern zu wählen. Ein Erlebnis, das er ihm beim Großzug von Weimar erwirkte, gewährte dem jungen Preller die Mittel, sich auf der Akademie in Antwerpen und auf ausgedehnten Studienreisen in Italien zum Landschaftsmaler im Sinne der ihm von Goethe gewiesenen Richtung auszubilden. Die Gelegenheit, sein Können an einer großen Aufgabe zu zeigen, bot dem beimgeleiteten Preller der 1834 an ihn gelangte Auftrag, die Odyssee-Landschaften zu malen. Die in Weimar angekauften Bilder für das Museum zu Weimar wurden 1868 übergeben. Friedrich Preller starb als Professor und Hofmaler am 23. April 1878 zu We-



Amerikanischer Humor. „Schien Sie mit einem Couplet“, schreibt der Vortragshörer dem Coupletbildner kurz und bündig, „wenn es gut ist, schide ich Ihnen ein Spott.“ „Schien Sie den Spott“, antwortet der Dichter zurück, „wenn er gut ist, schide ich Couplet.“

„Lernerschlüsse“, der Roman einer Sozialisierung, ein neues Werk des bekannten volkstümlichen Schriftstellers Felix Wimmer, erscheint in den nächsten Tagen im Kautz-Verlag, Gellersen.

„Das Red der Arbeit“. Die holländische Bildungsreform „Transfusions“ beschreiben die Verhältnisse eines abstrakten Films - ähnlich dem Kautzmann-Film „Berlin, die Einigkeit der Welt“ - der den Titel, „Das Red der Arbeit“ führen und vornehmlich das Leben und Treiben in der Hafen- und Arbeiterstadt Rotterdam wiedergeben soll.

Wohin der Weg?

Von Carl Otto Windecker.

Jede fremde Stadt, jedes neue Straßenbild, jedes, was gelegentlich dazu, daß man, je nach eigener Höflichkeit, den Hut lüftet, oder auch nur ein Finger an den Hutrand legt und fragt: „Paron - verzeihen Sie, bitte ... können Sie mit sagen, wo die jene Straße ist? Und die andere Straße ist?“, das ist die Frage, die den Fremden in der Fremde stellt. Wir fragen in Wien im Grand-Hotel - irgendjemand hatte das Thema Östlichkeit und Wien angeknüpft; wir waren meist Reichsdeutsche; die Wienerische Gastfreundschaft hatte uns alle höchst angenehm überrascht. Nur der bide C., ein gemäßigter Österröcher, antwortete, sagte:

„Das ist anders“, meinte er. „Schauen Sie, das ist so: Hier in Wien, wenn Sie gewunden sind, einen Passanten nach dem Wege zu fragen, so überlegt er, fährt mit den Händen in der Brust herum, denkt und stottert - und läßt endlich einfach mit, wenn der Weg auch noch so weit ist, oder das Ziel auch nur gerade um die Ecke herum gelegen ist, was er sich erst einmal nicht erklären kann! - In Berlin dagegen haben die weißen Menschen gar keine Zeit zum Überlegen, geschweige zum Witzlaufen. Welches ist Ihnen denn, einen Vorbeifahrenden zu stellen und nicht auf Ihre Frage antwortenden, so schau ferner erst gar nicht auf, sondern schnurlos in prunklich-torretische, wortlosprechende Eitel: „Geredens, neue Straße links, geirte Querstraße rechts“ und damit weiter.“

„Und in Frankfurt?“ fragte einer der weißen, daß Herr C. um der heutigen Gegenstände. „Frankfurt? ...“ „Lange Zeit.“ „Ja, wissen Sie, das ist typisch. Wenn Sie in Frankfurt zum Beispiel unter an der Hauptstraße sind und fragen, wo sein Weg zum Hauptbahnhof, so wird er Sie erst prächtig betrachten, die Hände in die Hosentaschen stecken, mit dem Kopf schütteln und fragen: „Nenne Sie die Wainger Landstraße?“ „Rein!“ „Woher die weißt? Stroh?“ „Wo es drauf liegen, das ist die Wainger Landstraße.“ Wenn Sie dann fragen, wo die Wainger Landstraße ist, so wird er Sie mit dem Kopf schütteln und sagen: „Rein!“ „Was, den auch nicht?“ „Schütteln mit dem Kopf. „Selle, es war'n noch nie in Frankfurt? Ja, wie soll ich Ihnen das dann er-

hären? Worte es mal. Vom Überdampf aus Sinne Es gleich recht einbringen. Die Subjektive, da wo die Rückseite vom Polizeipräsidium ist, - das ferne Es aber doch, net? Und dann - dann werden Sie dort am besten noch einmal fragen. - Schön, Sie beharren sich. Wenn Sie aber glückig sein Weiter weiter hin, rufe Sie die gute Mama bestimmt noch einmal zurück. Und Sie ellen, wenn Sie glücken, die hier dielektisch inwendig doch noch die Erklärung über den nächsten Weg bekommen. Ein Sie, die hat ihn, wird er Ihnen bestmögliche die Hand auf den Arm legen und fragen: „Sage Sie mal - Sie wollen doch nach'm Hauptbahnhof, net? E. Sage Sie mal, wo wolle Sie denn eigentlich hinfahren?“ -

Ein Dirigent rüffel im Konzertsaal seinen Kritiker.

Die Etzthamer Presse beschäftigt sich zurzeit mit einem Zwischenfall, der sich vor einigen Tagen in der Etzthamer Philharmonie zugetragen hat und der in der Konzertkritik wohl einzig dastehet. Nach der Aufführung einer Symphonie von Strauss wurde sich höchst pingelich der Dirigent Zeitlich an das Publikum und erst mit lauter Stimme: „Ich erlaube dem Herrn Musikkritiker Langstein, daß ich im vorigen Konzert etwas und nicht Dorothea gespielt habe.“ Im Publikum entstand große Erregung über diesen Zwischenfall. Es hießte sich bezug, daß der bekannte Musikritiker Etzthams, Lutz Langstein, in seiner letzten Kritik folgenden Satz geschrieben hatte: „Wir haben das Gefühl, daß sich Herr Zeitlich besser von Dorothea aufzuheben ließe.“ Das der Kritiker damit meinte, erziehen dem Dirigenten nicht klar, und er entschloß sich, wie er den Redakteur der Etzthamer Presse ersuchte, ihn persönlich mit dem Kritiker zu poliozieren. „Ich bin Musikritiker“, sagte Herr Zeitlich, „und habe das Recht, dem Kritiker zu antworten. Da ich kein Journalist bin, kann ich keine Kritik schreiben. Ich habe mich an das Publikum unmittelbar wenden müssen. Dorothea habe ich nach dem Referat den Herrn Kritiker gewiesen, aber kein Wort gesagt, da ich mich öffentlich mit ihm auseinandersetzen wollte. Ich ernehme dementsprechend an Sie, in dieser Beziehung bin ich ein Philharmoniker. Es ist doch ein solches ein solches Philharmoniker, so er nur konnte.“

Wohlfahrt, die in Duldung zu...
Bewusstsein, was in Duldung zu...
Bewusstsein, was in Duldung zu...

der Arbeit, wo die Bedürfnisse...
der Arbeit, wo die Bedürfnisse...
der Arbeit, wo die Bedürfnisse...

in Betracht gezogen werden...
in Betracht gezogen werden...
in Betracht gezogen werden...

Ellenburg Sum Kampf bereit!

Die Mitgliederversammlung der Partei am Freitag...
Die Mitgliederversammlung der Partei am Freitag...
Die Mitgliederversammlung der Partei am Freitag...

Als Wahlleiter für den Ellenburg...
Als Wahlleiter für den Ellenburg...
Als Wahlleiter für den Ellenburg...

Ellenburg Wochenmarktbericht.

Der amtliche Marktbericht vom Samstag, den 21. April, lautet:
Der amtliche Marktbericht vom Samstag, den 21. April, lautet:
Der amtliche Marktbericht vom Samstag, den 21. April, lautet...

Die Straße als Neubau. Seitern vorhin...
Die Straße als Neubau. Seitern vorhin...
Die Straße als Neubau. Seitern vorhin...

In Schubstuhlgewissen. Am Freitagabend...
In Schubstuhlgewissen. Am Freitagabend...
In Schubstuhlgewissen. Am Freitagabend...

Unkrautfrüchte. In den Wenden...
Unkrautfrüchte. In den Wenden...
Unkrautfrüchte. In den Wenden...

Ellenburg Gemeinderat.

Beitragung auf Gesundheitsfragen. Der...
Beitragung auf Gesundheitsfragen. Der...
Beitragung auf Gesundheitsfragen. Der...

Seeliger Heiligkeit.

Seeliger Heiligkeit. Drei adig...
Seeliger Heiligkeit. Drei adig...
Seeliger Heiligkeit. Drei adig...

Kreis Ziegenhagen.

Der verstorbenen Genosse. Vom...
Der verstorbenen Genosse. Vom...
Der verstorbenen Genosse. Vom...

Kreis Liebenwerda.

Heizungsarbeiten. Der...
Heizungsarbeiten. Der...
Heizungsarbeiten. Der...

Kreis Liebenwerda.

Heizungsarbeiten. Der...
Heizungsarbeiten. Der...
Heizungsarbeiten. Der...

Weggen. Ursperrfrist.

Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...

Weggen. Ursperrfrist.

Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...

Weggen. Ursperrfrist.

Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...

Weggen. Ursperrfrist.

Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...

Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...

Weggen. Ursperrfrist.

Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...

Weggen. Ursperrfrist.

Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...

Weggen. Ursperrfrist.

Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...

Weggen. Ursperrfrist.

Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...

Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...
Weggen. Ursperrfrist. Aus dem...

Die Preussische Regierungskoalition von 1925-1928.

Leistungen und Erfolge.

In Vertretung des erkrankten preussischen Ministerpräsidenten Dr. Brauns gab am 27. März d. J. Wohlfahrtsminister Dr. Girtzinger im preussischen Landtag namens des Staatsministeriums folgenden Rechenschaftsbericht anlässlich der dritten Beratung des Haushalts des Staatsministeriums:

„Der Etat für das Rechnungsjahr 1928, der jetzt in dritter Lesung dem Landtag vorliegt, ist zugleich der letzte Etat in einer an Arbeit reichen Legislaturperiode; er bildet auch das letzte der Tätigkeit des Kabinetts der Weimarer Koalition in Preußen, das sich am 14. Januar 1928 dem hohen Hause vorstellte. Angesichts der Tatsache, daß binnen kurzem die Bevölkerung Preußens durch Neuwahlen ihr Urteil über die bisherige Regierungs- und parlamentarische Arbeit in Preußen abgeben soll, können die Wähler verlangen, daß ihnen außerhalb der nächsten Sitzungen so etwas wie ein politischer Rechenschaftsbericht gegeben wird, der ihnen zeigt, ob und inwiefern die Staatsregierung des Vertrauens gerechtfertigt hat, das sie feinerzeit zur Leitung der Geschäfte des preussischen Staates berufen hat.

Es wäre ungemein reizvoll, diesen Rechenschaftsbericht rückwärts bis auf das Jahr 1919 auszuweihen, um in unserer schnelllebigen und leicht vergessenden Zeit einmal sinnbildlich vor Augen zu führen, welche gewaltige Leistung an politischer Konsolidierung, Gesundung der Staatsfinanzen und wirtschaftlicher Wiederaufbau in dieser Periode erzielt worden ist.

Preußen ist, wie es im 1. Artikel seiner Verfassung heißt, eine Republik, und es wird die vornehmste Aufgabe jeder pflichtbewußten preussischen Regierung sein, daran zu arbeiten, daß die Form dieser Republik immer mehr mit wahrem freiheitlichen Geiste der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit erfüllt werde. Wir sind von Jahr zu Jahr ein kräftiges Stück vorwärts gekommen und haben auch für die Zukunft, wenn nur die Linie unserer politischen Entwicklung stabil bleibt, nicht den mindesten Grund zu irgendwelchem pessimismus.

An dieser Stelle aber, bei der Gelegenheit dieser Staatsberatung, will ich mich darauf beschränken, noch einmal kurz auf das hinzuweisen, was in den letzten 8 Jahren unter der Leitung des jetzt amtierenden Staatsministeriums erreicht worden ist. Als sich dieses Staatsministerium feinerzeit dem Hause vorstellte, ist schon darauf hingewiesen worden, daß im Gegensatz zu den politischen Verhältnissen im Reich und in anderen deutschen Ländern, wo eine Krise die andere gejagt hat, wir bei uns in den über 8 Jahren während der Großen Koalition von Krisen völlig bewahrt geblieben sind. Ich darf heute diese Feststellung auch auf die dreijährige Tätigkeit der Regierung der Weimarer Koalition ausdehnen. Es ist gelungen, durch die stetige und ruhige Zusammenarbeit der Koalitionsparteien die Staatsgeschäfte in Preußen in ständig aufsteigender Weiterentwicklung fortzuführen und damit nicht nur Preußen, sondern dem ganzen Deutschen Reich die besten Dienste zu erweisen. Es ist oft genug und nicht zuletzt von dem jetzt amtierenden Reichsminister anerkannt worden, wie entscheidend wichtig es oft genug für das Reich gewesen ist, daß Preußen gewissermaßen der ruhende Pol in der Ercheinungen flucht war. Herr Dr. Marx brachte sogar das Wort von dem „Ruhmenswerten“ ruhenden Pol. In der Tat war Preußen — das kann heute von keiner Seite mehr bestritten werden — in all den letzten für das Reich politisch und wirtschaftlich oft genug krisenreichen Jahren und insbesondere in den Zeiten, wo die Folgen der Inflation und später der Inflation sein Gefüge ernstlich erschütterten, der feste, zuverlässige Kern des Reiches und der sichere Garant seiner Fortexistenz und seiner Zukunft.

Ich bin sicher, daß das preussische Volk aus den positiven Erfolgen der preussischen Regierungspolitik für Reich und

Staat die Folgerung ziehen wird, daß die bisher betriebene preussische Staatspolitik unbeirrt und unverändert auch in Zukunft fortgeführt werden muß. Und wenn es uns unter der Großen Koalition gelungen ist, nach links wie nach rechts den Gelegen in gleichem Maße Achtung zu verschaffen, so gilt das auch für die letzten drei Jahre, die immer wieder gezeigt haben, daß die Sicherheit des Staates und der Verfassung durch die Wachsamkeit der Exekutivorgane der preussischen Regierung fest verbürgt ist. Alles in allem scheint es mir, daß man heute für die letzten 8 Jahre voll das aufrechterhalten kann, was der Deutschen Volkspartei angehörende frühere preussische Staatsminister Dr. v. Richter in der letzten Kabinettsitzung, an der er noch teilnahm, betont hatte: „Die großen vaterländischen Aufgaben sind ein gutes Teil gefördert worden.“

Die Finanzverwaltung.

Die zunehmende Konsolidierung im preussischen Staat trägt sich in unseren mehr und mehr gesunden Finanzen aus. Der preussische Etat balanciert fast völlig, obwohl die großen Einnahmen, die Preußen früher aus der Eisenbahnverwaltung bezog und die noch 1918 bei gleichzeitiger Zuführung von 91 Millionen an den Ausgleichsfonds und großen Rückstellungen mehr als 110 Millionen betragen, in Fortfall gekommen sind, obwohl wertvoller Staatsbesitz durch den Friedensvertrag verlorengegangen ist und auf der anderen Seite der Aufschubbedarf der Staatshoheitsverwaltung infolge der Finanznot der Gemeinden und durch die Verstaatlichung der Polizei außerordentlich gewachsen ist. Wenn bei der Gewerbesteuer sich trotz wesentlicher Steuererleichterungen Steigerungen des Steueraufkommens ergeben, die nicht ausschließlich auf eine Erhöhung der gemeindlichen Zuschläge zurückzuführen sind, so beweist auch das eine günstige Entwicklung der Wirtschaft, Preußens Finanzverwaltung war bestrebt, den Grundgesetzen steuerlicher Gerechtigkeit durch Minderung des Steuerdrucks für die wirtschaftlich schwächeren Kreise möglichst gerecht zu werden und überall da einzusparen, wo es sich nicht um produktive Ausgaben handelt. Derselbe Grundgedanke der Sparanleihe galt auch bei der Verwendung des Ergebnisses der Anleihe. Seit der Befestigung der Währung sind 666,3 Millionen durch Anleihegelese bewilligt worden, die fast ausschließlich produktive Verwendung fanden, so in der landwirtschaftlichen Verwaltung zur Ausgestaltung der staatlichen Elektrizitätsunternehmen wie auch — allein 190 Millionen — zur Förderung der Bauwirtschaft und zur Stärkung der Genossenschaften. Die Zahlen der Steuereinnahmen, die Preußen in den letzten Jahren zur Verfügung standen, beweisen, daß trotz ständig wachsender Aufgaben auf allen Gebieten die Ausgaben durchaus nicht etwa eine steigende Tendenz zeigen, sondern durch strengste Sparsamkeit ungefähr stabil gehalten werden konnten. Diese Sparsamkeit hat uns auch die Durchführung der Beamtenbesoldungsreform ohne jede Schwierigkeit ermöglicht.

Staat und Wirtschaft.

Am schlagendsten zeigt sich der unbedeutende Aufstiegsprozess, den Preußen in den letzten 8 Jahren weiter durchgemacht hat, in der Entwicklung der Wirtschaft. Wir sehen, daß die Entwicklung keineswegs einseitig nur bestimmten Bevölkerungsgruppen zugute gekommen ist, sondern erstreckt sich auf nicht spurlos an den breiten Massen des Mittelstandes vorübergegangen ist. Denn die Kreditinstitute des Mittelstandes, Sparkassen und Genossenschaften, haben ihre Einlagenbestände von 1126 Millionen Mark zu Ende des Jahres 1925 auf 2840 Millionen Mark zu Ende des

Jahres 1927 erhöhen können und haben jetzt die Ziffer von 3 Milliarden überschritten.

Auch die Ziffern aus den größten Produktionsgebieten zeugen für die Aufwärtsentwicklung, wenn wir feststellen können, daß allein in Preußen 1924 114,73 Millionen Tonnen und 1927 149,45 Millionen Tonnen Steinkohle sowie 1924 101,43 Millionen Tonnen und 1927 126 Millionen Tonnen Braunkohle gefördert worden sind. An den in ähnlicher Progression aufsteigenden Ziffern der deutschen Roheisengewinnung — 13,1 Millionen Tonnen im Jahre 1927 gegen 7,8 Millionen Tonnen im Jahre 1924 — der Rohstahlgewinnung — 1927 16,3 Millionen Tonnen gegen 9,8 Millionen 1924 — sowie der Walzwerkzeugnisse u. s. w. ist ja, wie sich aus den territorialen Größe und wirtschaftlichen Struktur Preußens erklärt, dieses zum allgrößten Prozentsatz beteiligt. Die Ruhe und Ordnung, die in Preußen herrschte, das Ausbleiben von innerpolitischen Erschütterungen in dieser „Mera des Niedergangs“, wie sie von einem Redner der Rechten bezeichnet worden ist, hat es eben allen Wirtschaftskreisen Preußens ermöglicht, ihre Unternehmungslust zu betätigen und die Schäden der Kriegszeit und der Inflationsjahre allmählich wieder auszugleichen.

Über der Pflege der wirtschaftlichen Interessen und dem Schutz, den sie zum ungestörten Arbeiten braucht, hat die preussische Regierung niemals vergessen oder übersehen, daß noch wichtiger und bedeutsamer als die Wirtschaft der lebende Mensch ist. Er ist es ja nicht nur, der wirtschaftet, sondern er ist es auch, für den letzten Endes der Ertrag aller Wirtschaftens bestimmt ist. Immer wieder ist von der Staatsregierung betont worden, daß der gesunde, werteschaffende Mensch und nicht das Schaffen von Wirtschaftsgütern schließlich das Ziel einer Staatspolitik sein muß. Das wäre ein schlechter Staat, in dem die Wirtschaft blüht und die Produktionsziffern ins Riesenhafte wachsen, aber die arbeitenden Menschen, zum Sklaven der sie freßenden Arbeit geworden, körperlich verelenden und geistig verkümmern. Der preussische Staat hat deshalb mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln eine großzügige

Wohlfahrtspolitik

zu treiben gesucht, die als Objekt den lebenden Menschen und als Ziel die ständige Verbesserung seiner Lebens- und Arbeitsbedingungen hat. In erster Linie steht hier, weil alle Bemühungen zur Verbesserung der menschlichen Existenzbedingungen an ungünstigen Wohnungsverhältnissen scheitern müssen, das Bestreben, die verheerenden Auswirkungen der Kriegszeit mit ihrem langjährigen Stoden jeder Bau-tätigkeit sowie der Nachkriegsjahre, die uns die Überflutung mit Volksgenossen aus den abgetrennten Gebieten brachte und gleichzeitig aus finanziellen Gründen die Neubautätigkeit fast ausschalteten, zu mildern durch Förderung des Neubaus. Es wurden in der Zeit vom 1. Oktober 1924 bis Ende 1927 rund 420 000 Neubauwohnungen in Preußen fertiggestellt. Die Tatsache, daß davon rund 300 000 Wohnungen aus Hauszinssteuermitteln erbaut wurden, beweist, daß der preussische Staat die aus der Hauszinssteuer ihm zur Verfügung stehenden Mittel nicht etwa zum wesentlichen Teil für andere reguläre Staatsbedürfnisse, sondern zum größten Prozentsatz für die Linderung der Wohnungsnot verwendete. Am 1. Januar 1928 waren weiter 90 000 Wohnungen im Bau begriffen gegenüber 73 000 angefangenen Wohnungsbauten am 1. Januar 1927. So sind die aus der Hauszinssteuer dem preussischen Staat zugeflossenen und von ihm für den Wohnungsbau verwendeten insgesamt 1,52 Milliarden in den letzten 3 Jahren gut angebandt worden, desgleichen die auf Preußen entfallenden Reichskredite von 120 Millionen, die



bestimmungsgemäß zur Gewährung von Hypotheken auf erste Hypotheten und zu Hausversicherungsypotheten verwendet worden. Hand in Hand mit der Wohnungsfürsorge ging eine ständige Verbesserung der Wälder- und Säuglingsfürsorge sowie die Weiterführung des Kampfes gegen die Säuglings- und Kleinkindersterblichkeit. In der schulärztlichen Versorgung unserer Schulkinder sind wir jetzt so weit gekommen, daß heute im gesamten Staatsgebiet bereits die einer Bevölkerungsziffer von rund 32 Millionen entsprechenden Schulkinder schulärztlich versorgt werden. Die hygienische Volksbelehrung ist weiter gefördert und in der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, sowie der in letzter Zeit stärker aufgetretenen Kropferkrankung der Schulkinder viel erfolgreiche Arbeit geleistet worden. In die großen Richtlinien neuzeitlicher Volkswirtschaftspolitik und Bevölkerungspolitik gehört auch unser Bestreben, ein gelantes Städtebaugesetz zu schaffen, von dessen Durchführung wir uns sehr wesentliche Fortschritte auf dem Gebiet der gesundheitsförderlich und wirtschaftlich zweckmäßigen Entwicklung der dichtbesiedelten Vorbestie versprechen.

Der Jugend, der heranwachsenden Generation unseres Volkes, hat unsere ganz besondere Aufmerksamkeit und Arbeit geschenkt. Bedeutende Mittel wurden für die Kindererhaltungsfürsorge, für gefährdete Kinder und für die Kleinkinderfürsorge bereitgestellt. Die Schaffung von Jugendheimen, Turnhallen, Sport- und Spielplätzen lag uns am Herzen, und es wurden in den letzten drei Jahren allein hierfür rund 10,8 Millionen Staatsgelder aufgewandt. Außerdem hat uns der Landtag zur Unterstützung der Vorübungen einschließend des Sports und Sportunterrichts einen Sportfonds von 700 000 Mark bewilligt. Die soziale Ausbildung der Männer und Frauen, welche sich beruflich der Wohlfahrtspflege widmen wollen, findet ständige Staatsförderung. 19 soziale Frauenschulen und 2 Wohlfahrtschulen für Männer wurden mit 14 Millionen Mark in den letzten Jahren unterstützt. Entscheidendes Gewicht hat die Staatsregierung dauernd darauf gelegt, daß die Arbeitslosenfürsorge mit der Schaffung von Werken für die Volkswirtschaft verbunden wurde. Von den 182 Millionen Mark, die wir in den letzten drei Jahren von Staatswegen für die produktive Arbeitslosenfürsorge ausgeben haben, entfielen auf Rohlandarbeiten 134 Millionen Mark. Die übrigen rund 48 Millionen wurden dafür verwendet, um die vielfach noch außerordentlich schlechten und menschenunwürdigen Wohnverhältnisse der preußischen Landarbeiter durch Neubauten von 15 000 Landarbeiterwohnungen zu verbessern.

Durch das Land geht heute eine Welle der Erregung über die

Not der Landwirtschaft.

Die Preussische Staatsregierung bestreitet nicht, daß viele landwirtschaftliche Betriebe notleidend sind. Aber sie wendet sich auf das entscheidende gegen die ganz und gar unzulässige Behauptung von dem angeblichen „Bankrott der gesamten Landwirtschaft“. Hunderttausende landwirtschaftliche Betriebe sind auch heute noch voll erntefähig, und die Preussische Staatsregierung tut heute, wie sie es in den letzten Jahren unausgesetzt getan hat, alles nur Erdenkliche, was im Rahmen ihrer finanziellen und Verwaltungsmöglichkeiten liegt, um dem Preussischen Staate eine gesunde und lebensfähige Landwirtschaft zu erhalten. Erschwerend wird uns diese Aufgabe und Zeitgeist allerdings durch die parteipolitisch interessierten Kreise des Reichslandbundes, welche in Verhola ihrer völkischen Oppositionshaltung gegen die Preussische Staatsregierung alles aufbieten, um zu verhindern, daß das Gros der ländlichen Bevölkerung über den Umfang der staatlichen Fürsorge für die Landwirtschaft unterrichtet wird, und welche vielmehr durch Aufreizung und Aufpeitschung von Teilen der Landbevölkerung diese in eine lauth durch nichts gerechtfertigte Gegnerschaft gegen die Preussische Regierung hinführen. Immer wieder wird dabei völlig bedenkenlos die Staatsregierung für alle Ereignisse der deutschen Wirtschaft und Handelspolitik verantwortlich gemacht, obwohl es sich hier um Angelegenheiten des Reiches handelt, und obwohl ja die Verantwortlichen des Reichslandbundes selbst in den entscheidenden wichtigen Fragen der Reichsregierung sitzen. Die Staatsregierung wird sich durch die bestellten Demonstrationen und Revolutionen sowie auch durch etwaige beklagenswerte Gewalttaten, denen gegenüber die volle Schärfe der polizeilichen und gesetzlichen Abwehr einwirken muß, in keiner Weise darin beirren lassen, ihre Pflicht für die landwirtschaftliche Bevölkerung Preußens zu tun und ihr nach Kräften zu helfen. Sie ist auch der festen Überzeugung, daß die Vernunft und die Einsicht sowie das Gerechtigkeitsgefühl und das staatsbürgerliche Verantwortungsbewußtsein unserer landwirtschaftlich-treibenden Bevölkerung bald den Sieg über die stampfhaften Aufpöhlungsveruche politischer Drahtzieher davontragen werden.

Unsere ganze Sorge gilt den Arbeiten auf Steuerfundung und Steuererlaß bei der wirklich notwendigen Landbevölkerung und der Ausnutzung von besonderen Dörfern bei der Einziehung der staatlichen Grundvermögensteuer. Die vom Reiche und aus preussischen Mitteln der Landwirtschaft zur Verfügung gestellten Gelder werden durch die preussischen Organe gegen alle Widerstände

an die richtigen und wirklich benötigten Stellen geleitet werden, und das landwirtschaftliche Kreditwesen, das schwere Erschütterungen durchgemacht hat, wird durch die Zuführung von 130 Millionen Mark an die Preussische, die auch weiterhin das wichtigste wirtschaftspolitische Instrument des Preussischen Staates bleiben wird, auf eine gesündere neue Basis gestellt werden. Bei allen plötzlich hereinbrechenden Notständen, Unwetterkatastrophen usw. hat die Preussische Staatsregierung stets sofort mit bedeutenden Mitteln — mit insgesamt über 13 Millionen Mark — eingegriffen und durch Erundung und Niederzahlung früher gegebener Notkreditlinien sowie durch Übernahme von Dämmgittelkrediten, wie durch Anweisung zum größten Entgegenkommen bei Einziehung von Steuern in den Notstandsgebieten, ihre Hilfsbereitschaft bewiesen. Alles das gilt ganz besonders für den deutschen Osten, den sehr große Summen für seine mannigfachen Bedürfnisse und zur Milderung seiner besonders schwierigen Lage zugeflossen sind, die in besonderem Maße dem ländlichen Gebiete zugute kamen. Preußen hat bei der vor kurzem eingeleiteten großen Hilfsaktion des Reiches für Ostpreußen entscheidend mitgewirkt und sich auch mit großem Nachdruck für die Ermöglichung der Eisenbahnfrachten für die wichtigsten Bedarfsgegenstände und Erzeugnisse, insbesondere auch auf landwirtschaftlichem Gebiet, eingesetzt.

Die Preussische Staatsregierung hat den festen Willen, eine große und durchgreifende Siedlungsstätigkeit zu entfalten. Nur durch die ungünstigen Verhältnisse auf dem Weltmarkt und die einer wirklich großzügigen Siedlung noch entgegenstehenden hohen Zinssätze ist die Staatsregierung noch nicht in dem umfangreichen Maße zum Siedeln übergegangen, wie sie es geplant hatte. Denn die Anlegung von Siedeln hat keinen Zweck, wenn diese noch verhältnismäßig kurzer Zeit genötigt sind, vor den hohen Zinssätzen zu kapitulieren und die Hälfte ins Korn zu werfen. Immerhin sind etwa 76 Millionen preussischer Staatsgelder und 100 Millionen von den uns zur Verfügung gestellten Reichsmitteln voll für die Siedlungsarbeiten verwendet worden. Allein in den dünn besiedelten Gebieten sind bis zum 1. Februar 1928 370 000 Morgen Land für Siedlungsarbeiten zu günstigen Preisen angekauft worden. Es wird dabei auch Wert darauf gelegt, die bestmögliche wirtschaftliche Unterlage durch Anlegung von Landarbeitern in der Ostmark mit der heimatischen Scholle zu verwurzeln. Im Westen des Staates liegt das Schwergewicht der Arbeiten der Landeskulturverwaltung auf dem Gebiet der Zusammenlegungen zur wirtschaftlichen Festigung der bäuerlichen Stellen. Seit dem 1. Oktober 1919 bis Ende 1926 sind insgesamt rund 240 000 Hektar umgelegt worden. Die in letzter Zeit durch Personalmangel etwas verlangsamten Arbeiten sollen durch Rationalisierung der Landeskulturverwaltung noch mehr als bisher beschleunigt werden. Auf dem Gebiete des Meliorationswesens wäre eine große Riste von wichtigen Unternehmungen aufzuführen, die für die Landwirtschaft und die gesamte Volkswirtschaft von allergrößter Bedeutung sind. Ich nenne daraus nur Hochwasserforschungsmahnahmen im Rheinlande und im Regierungsbezirk Aachen, Moorverdrückungen von 20 000 Hektar allein im Regierungsbezirk Ostpreußen, großzügige Wasserregulierungen in den verschiedensten Gebieten, den geplanten Aufstrebekbau im Südwestharz u. a. m., wofür große Mittel bereitgestellt sind.

Ein paar Ziffern noch über den Umfang der durchgeführten Meliorationen: Der alte Preussische Staat hat an Bewässern und Darlehen für Meliorationsarbeiten 1918/17,8 Millionen Mark ausgegeben. Die heutige Preussische Staatsregierung hat in den drei Jahren 1925 bis 1927 nicht weniger als 44,8 Millionen für diese hochbedeutenden Zwecke der Ent- und Bewässerung von Kulturländereien und der Erschließung armer Gelandebereiche zur Schaffung neuer, der ganzen Volkswirtschaft dienenden Grünflächen ausgegeben. Die Staatsregierung hat auch damit bewiesen, daß sie kein Mittel unversucht läßt, um die Einbuße, die Preußen an wertvollem Land durch den Friedensvertrag erlitten hat, für unsere Gesamtwirtschaft wenigstens in etwas durch Verbesserung unserer Bodenverhältnisse und Schaffung neuer landwirtschaftlich nutzbarer Flächen auszugleichen.

Sind in Land mit diesen Bestrebungen gehen die nicht minder notwendigen als möglichst rasche Durchbildung der Landwirtschaftler in den verschiedensten Bevölkerung, um eine möglichst rationelle Bodenbearbeitung und die Erzielung höherer Erträge zu gewährleisten. Das landwirtschaftliche Schulwesen hat in den letzten Jahren einen gewaltigen Aufschwung genommen, an dem kein Bereich der Leistungen der Preussischen Staatsregierung vorbeigehen darf. Wir hatten ländliche Fortbildungsschulen 1913 6775, 1925 7965 und 1927 etwa 11500. Die Zahl der landwirtschaftlichen Schulen ist von 299 im Jahre 1913 auf 359 im Jahre 1925 und auf 388 im Jahre 1927 gestiegen. Die Zahl der Schüler ist mit rund 19 000 gegen 1913 ziemlich verdoppelt. Dieses Schulwesen ruht vor allem auf der Staatsbeihilfe; der Staat trägt 76 % der Direktoren- und Landwirtschullehrergehälter. Daneben wurden die Lehranstalten organisiert und zu den höheren Verhältnissen für praktische Zwecke, wo den 1913 zwei vorhanden waren, acht neu errichtet. Das landwirtschaftliche Hochschulwesen wurde zielbewußt weiterentwickelt, die Ausbildung der zukünftigen Landfrauen energisch in die Hand genommen. Etwa 1000 Mädchenfortbildungsschulen, die man 1913 noch kaum in nennenswerter Zahl kannte und in denen hauswirt-

schaftlicher Unterricht erteilt wird, stehen jetzt den 122 Schulen im Jahre 1925 gegenüber.

Die Wandererhaltungsschulen sind wieder aufgebaut worden. Es sind jetzt 300 vorhanden, nachdem sie 1917 auf 35 zusammengefallen waren. Die Summen, die vom Staate für das landwirtschaftliche Haushaltungsschulwesen, ausgenommen für die ländlichen Mädchenfortbildungsschulen und für die Mädchenklassen an landwirtschaftlichen Schulen, aufgewendet wurden, betragen das Dreifache der Leistungen des alten Staates im Jahre 1913. Die Propagandaaktionen zur Förderung des Milch- und Roggenbrotgenusses, die Bestrebungen zur Regulierung des Schweinemarktes fanden verständnisvolle Unterstützung bei der Staatsregierung. Gartenbau und Frühlingsgemüsebau wurden, zum Teil aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge, nach Kräften gefördert, desgleichen der heimische Obstbau und sein Absatzmarkt. Die Tierfleischentzehrung wurde mit großen Mitteln ausgestattet, um die Nachwehen der Kriegsebenen auszugleichen und um im Auslande herrschende Seuchen vom Inlande abzuhalten. Übersehen wir mit einem Blick die

Gesamtleistungen der landwirtschaftlichen Verwaltung

Preußens, so zeigt die Ziffer von insgesamt 455 Millionen Mark, die in den drei Jahren 1925 bis 1927 zugunsten der Landwirtschaft verausgabt wurden und von denen nur 93 Millionen aus Reichsmitteln, alle übrigen aus preussischen Staatsmitteln stammte, schon andeutungsweise den Umfang des Geleisteten, und es ist gewiß nicht uninteressant, demgegenüber darauf hinzuweisen, daß der alte Preussische Staat im Jahre 1913 nur 68,8 Millionen für diese Zwecke aufgewandt hat, daß wir mit ihm in den letzten drei Jahren regelmäßig diese Leistung weit überboten und im Jahre 1927 weit mehr als verdreifacht haben. Angesichts dieser Ziffern, die in jedem Jahre sehr bedeutend über die steuerliche Leistung der gesamten Landwirtschaft hinausgehen, also dieser per Saldo immer neue große Summen zuführen, wird nur blinder Doh oder absoluter Unverstand von einer landwirtschaftlichfeindlichen oder auch nur Gleichgültigkeit der Preussischen Staatsregierung sprechen dürfen.

Die Leistungen unserer

Handels- und Gewerbeverwaltung

können in diesem engen Rahmen nur flüchtig damit umrissen werden, daß man auf die verständnisvolle dauernde Mitarbeit an der Entstehung und bei der Ausführung der Reichsgeetze sowie auf eine stark bestonte Mittelstands- und Sozialpolitik hinweist.

Der eingangs schon von mir hervorgehobene Gesichtspunkt der Fürsorge für den lebenden Menschen hat in der Handhabung der Gewerbeaufsicht, die sich in engster Gemeinschaftsarbeit mit den Arbeitnehmern vollzieht, und ebenso bei der Ausbildung der Gewerbekontrolleure eine besonders scharfe Ausprägung gefunden. Besonders mühsame und eingehende Arbeiten gelten hier auch den schwereren und an Rückschlägen reichen Kämpfe gegen falsche Naturgewalten, um die Sicherheit in den Bergwerken, soweit menschliches Können reicht, zu erhöhen und Leben und Gesundheit der braven, schwer arbeitenden Männer unter Tage zu schützen. Hier wird alles eingesetzt, was uns die neuesten Erfindungen der Technik an Hilfsmitteln in die Hand geben, um todsichere Menschenleben für ihre Familien zu erhalten, und es wird an wissenschaftlichen Untersuchungen, wie z. B. der Schaffung einer Versuchsschule, der ersten der Welt, nicht gespart. — Ein immer ausgebreiteter Berufs- und Hochschulwesen dient der wirtschaftlichen Überleitung des jungen Nachwuchses der gewerblichen und Arbeiterbevölkerung. Die Staatszuschüsse auf den Kopf des Schülers sind von 5,50 Mark im Jahre 1925 auf jetzt 20 Mark gestiegen worden. Damit deckt der Staat ein Drittel der persönlichen Kosten. Der Staat unterstützt ferner durch Zuschüsse eine Anzahl von Bauten von Berufsschulen, wie z. B. in Cöpenhagen und Oberhaveln, in den nächsten Jahren auch in den anderen Provinzen. Durch all diese Arbeiten hat sich während der Amtszeit der gegenwärtigen Regierung die Zahl der Schulen von 2100 auf 2500, der Schüler von 780 000 auf 880 000 und der kaufmännischen Lehrpersonen von 4400 auf 5200 erhöht. Neben mir auf Mittelstandsfragen aber, so wurde der ungeunde und untaugliche Wettbewerb bekämpft und durch zahlreiche Mahnahmen auf sachpolitischem Gebiet wie auch dem der rationalen Betriebsführung im Handwerk, durch Ausdehnung der Gewerbebesteuerung auf die Gewerkschaften und Konsumanstalten eine wirksame Mittelstandspolitik getrieben. Bei der Frage nach den Leistungen auf allgemeinem volkswirtschaftlichem Gebiet brauche ich nur, u. a. in die Aktion zur Aufrechterhaltung der oberhavelischen Eisenindustrie in den Jahren 1926 und 1927 und die Kreditaktion für die ostpreussische Mittel- und Kleinindustrie im Sommer 1927 zu erinnern.

Die Bedeutung der Industrie- und Handelskammern wurde gefördert, die beiden Schiffspandirektoren wurden wieder flott gemacht.

Einen Akt großzügiger Rationalisierung, in der der Preussische Staat nicht hinter den privaten Industrie zurückbleiben will, bedeutete die Umlegung des staatlichen Bergwerkesbeteiligungs in neue aktiengesellschaftliche Formen. Aus Weg

wurden auch ganz besonders in der Wirtschaftswissenschaften durch Kaufleute und Interessengemeinschaften eine Widerposition zu verzeichnen, daß es als Unternehmer mit Erfolg auf den Plan treten konnte, um gegenüber der privaten Industrie den Gesichtspunkt zu vertreten, daß das Ertragsinteresse in der Wirtschaftswirtschaft hinter dem allgemeinen volkswirtschaftlichen Interesse der billigen Strombelieferung zurücktreten müsse. Mit einer zielbewußten Kampfpolitik nahm die Preussische Staat rechtzeitig der modernen Verteilungsentwicklung mit ihren Konzentrations- und Rationalisierungsbestrebungen an. Auch hier wurden, z. B. für die staatlichen Hafenanlagen in Duisburg-Ruhrort, dem größten Binnenhafen des Kontinents, neuzeitliche Organisationsformen gewöhlt, die sich durchaus bewährt haben. Alle Arbeiten der Handelsverwaltung waren von hohem sozialem Geiste und dem Bewußtsein großer volkswirtschaftlicher Verantwortung erfüllt.

Von sozialem Geiste und dem gleichen Verantwortungsgelühl war auch

Die Justizverwaltung

erfüllt, die das in ihrer Gnadenpraxis, die allgemein anerkannt wird, und auch in der Praxis der Amnestierungen zum Ausdruck gebracht hat. Wir haben in Preußen die auf politische Straftaten beschränkte Amnestie vom 21. August 1925 nicht weniger als 24 000 Beschuldigten und Verurteilten zugute kommen lassen. Weitere 10 000 Personen, die in der Not der Inflationzeit an Lebensmittelmangel und notwirtschaftlichen Dilemmen beteiligt gewesen waren, erfuhren Vergünstigungen im Wege des Einzelgnadenerlasses. Die Gnadenaktion aus Anlaß des 80. Geburtstages des Herrn Reichspräsidenten hat 15 900 Personen Milderung oder Erlass ihrer Strafen gebracht. Besonders muß hervorgehoben werden, daß durch diese Gnadenpraxis und die eingangs erwähnte Abnahme der Kriminalität, die auch ein wichtiges Merkmal wirtschaftlicher Konsolidierung ist, die Zahl der Strafgefangenen gegenüber dem Höchststande von 1928 fast auf die Hälfte zurückgegangen ist, so daß baulich ungenügende Gefängnisanstalten geschlossen werden konnten. Die Justizverwaltung war dauernd bemüht, den Strafvollzug humaner und die Strafbüßen selbst erlebbarer wertvoll zu gestalten. Eine zweckmäßigere Beschäftigung der Gefangenen, beispielsweise auf Landgütern und bei der Kultivierung von Obstanbäumen, ergänzte diese Maßnahmen wirksam und soll durch eine vermehrte Fürsorge für entlassene Strafgefangene in seiner Wirkung vervollständigt werden. Die verwaltungsmäßige Tätigkeit der Justizverwaltung, ihre umfangreiche Mitwirkung an Reichsangelegenheiten hat gewaltige Arbeitsleistungen erfordert. Die ungeheure Flut der Aufwertungsfragen, die in Preußen allein etwa 25 Millionen Fälle betreffen, ist unter äußerster Kräfteanspannung zu 97 Prozent bereits erledigt worden. Der großen Beanspruchung durch das Arbeitsgerichtsgesetz wurde durch die Errichtung von 226 Arbeitsgerichten mit je einer Kammer für Arbeiter, Angestellte und Handwerk (sowie 33 Landesarbeitsgerichten genügt. Durch moderne Maßnahmen zur Rationalisierung des vielfach veralteten Apparats der Justizverwaltung wird ein neuer Weisheit in sie hineingetragen und Arbeit und Selbstverpflichtung. Durch Maßnahmen, wie die Herbeiführung der Öffentlichkeit der Disziplinarverfahren gegen Richter, und die ständige Bemühung um höhere Personalien auf Verbesserungsschritten zum Ewöffnen- und Schloßrennenamt, wurden wichtige politische Forderungen im Geiste des neuen Staates erfüllt.

Die Innere Verwaltung.

Auf dem Gebiet der inneren Verwaltung ist die Preussische Staatsregierung voll bewußt gewesen, daß sie den Interessen des Landes und des Reiches vor allem durch die Erfüllung der Verwaltung mit demokratischem und republikanischem Geist und dem zielbewußten Ausbau der Schulpolitik zu einem zuverlässigen Staatsinstrument am besten dient, dessen Vorhandensein allein schon genügt, um ernsthafteste Störungsversuche von der äußersten Rechten und Linken nicht aufkommen zu lassen. Eine wirksame Ergänzung ihrer Organisation hat die Polizei durch die Schöpfung der Landeskriminalgolizei erhalten, die eine Zusammenfassung der kriminalpolizeilichen Tätigkeit im ganzen Lande und überall ein sofortiges Eingreifen gesicherter kriminalistischer Kräfte gewährleistet. Die gesamte Polizei hat in den letzten Jahren aufreibende und schwere Arbeit zu leisten gehabt, die aber immer zum Erfolg, der Durchsetzung von Ruhe und Ordnung, getreu war. Der gesamten Polizeibeamtenschaft gebührt auch an dieser Stelle noch einmal der Dank der Staatsregierung für ihre hervorragende waterländische Leistung. Die Staatsregierung freut sich, daß es möglich war, in der Befolgsreform den Polizeigehaltsbeamten eine Neubefolgung zu verschaffen, die auch gegenüber den Friedendbedürfnissen eine Verbesserung darstellt. Der weitere Ausbau der Polizei wird durch das in intensiver Arbeit

flühig ausgearbeitete Polizeigesetz zuweisen den Anforderungen gerecht werden, die die Reizzeit an die sachliche Ausbildung der Polizeibeamtenschaft stellt.

In der eigentlichen Verwaltung nahm die Vertretung der kommunalen Interessen in gesetzgeberischer, finanzieller wie in organisatorischer Arbeit die Kräfte des zuständigen Reffors voll auf Anspruch. Kommunale Grenzregelungen in erheblicher Zahl wurden zur Schaffung wirklich lebensfähiger Gebilde mit Erfolg durchgeführt. Fast das gesamte preussische Steuerrecht mußte völlig neu gestaltet und der innerpreussische Finanzausgleich durch Verstäkung des Lastenausgleichs zugunsten leistungsschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände weit ausgebaut werden. Die Vorarbeiten für den eingehülligen Finanzausgleich und den kommunalen Lastenausgleich sind im Gange, die Vorarbeiten für eine gleichmäßige Gestaltung der kommunalen Polizeikosten unter einem angemessenen Lastenausgleich sind abgeschlossen. Von großer Bedeutung war die Durchführung der Sparkassenaufwertung mit ihrem für alle preussischen Klassen gleichmäßig hohen, überall als sozial gerecht empfundenen Aufwertungsfuß. Aus der übrigen Tätigkeit nenne ich nur die Ablösung der Anteile der Gemeinden und Gemeindeverbände und vor allem die mannigfachen Bemühungen zur Pflege und Förderung des kommunalen Kredit, die insbesondere, was die Auslandscredite anbelangt, sich recht schwierig gestalteten. Mit der Auflösung der selbständigen Gutsbezirke, die endlich den vielen Hunderttausenden bisher kommunalpolitisch entrechteten Einwohnern der Gutsbezirke zu ihrem Rechte verhilft und einen mittelalterlichen Zustand beseitigt, der nur der politischen Reaktion vom Lande zur Stütze diente, ist ein wertvoller und großer Wurf getan worden.

Neben allen diesen Arbeiten wurde weiter die Betreuung der Flüchtlinge aus den abgetretenen Gebieten durchgeführt und zur Heilung der durch die Grenzziehung entstandenen Schäden in den städtischen Grenzprovinzen und in der Provinz Schleswig-Holstein umfangreiche Verhandlungen mit dem Reich geführt aus eigenen preussischen Mitteln allein im Jahre 1927 10 Millionen zur Verfügung gestellt. Die wirtschaftlichen und kulturellen Schwierigkeiten der westlichen Grenzgebiete werden in planmäßiger Fürsorge zu mildern gesucht und die Bemühungen der Reichsregierung auf Abschöpfung der Befragungslasten und baldige Befreiung des besetzten Gebietes in jeder Weise unterstützt. Die Verhältnisse im Saargebiet waren dauernd Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und Sorge.

Die

preussische Kulturpolitik

war von dem Gedanken bestimmt, daß in einem parteipolitisch-weltanschaulich gereiften Volke wie dem unseren keine Politik des Kampfes, sondern der Versöhnung getrieben werden müsse, die von möglichst breiten Schichten unseres Volkes mitgetragen werden könne. Es war deshalb auch unser Bestreben, bei der Beratung des Reichsausgleichsentswerkes, auf dem Boden der Verfassung stehend, den keine Regierung verlassen darf, ein Geleis zu schaffen, das allen großen Weltanschauungsgruppen gerecht würde. Es war nicht Schuld der Preussischen Regierung, daß dieses Geleis scheiterte. In der Schulpolitik ist die Staatsregierung bemüht gewesen, die „Begabtenförderung“ nach Kräften auszubauen. In unserer wirtschaftlich so überaus schwierigen Lage dürfen wir auf keine Begabung verzichten, wo sie sich und dient, und die finanzielle Mittellosigkeit der Eltern darf in einer demokratischen Republik nicht als Grundmangel dazwischen treten, wenn es sich als nachweisbar erweist, wirklich begabten Schülern den Weg zum Studium des höheren Bildungsgutes zu eröffnen. Hier ist schon praktisch mit dem großzügigen Ausbau von Stipendien und Studienunterstützungen viel Wertvolles geleistet worden. Die Reform der höheren Schulpolitik ist weiter vorgeschritten. Auch hier steht im Mittelpunkt der Mensch und die Ausbildung aller seiner Fähigkeiten. Lehrer und Schüler sind zu neuen Vergleichsgemeinschaften vereinigt. Die Not der Jungelherren zu beheben, war eine der dringendsten Aufgaben der Staatsregierung. Wir danken dem Landtag, daß er uns geholfen hat, hier einzugreifen. Wir hoffen von der neuen Lehrerbildung auf den Pädagogischen Akademien das Beste für Lehrer und Volksschule. Einige wichtige Befehlswürde auf dem Gebiete der Volksschulwesen sind leider noch nicht zum Abschluß gekommen. Dazu gehört die Änderung des Volksschulunterrichtsgesetzes und die Neueingliederung des Privatunterrichtes. Beides muß dem neuen Landtag überlassen bleiben. Insbesondere ist es hierfür nötig, einen demnünftigen Lastenausgleich zwischen Staat und Gemeinden herbeizuführen.

Im Hochschulwesen haben wir mancherlei Auswüchse parteipolitischen Verbeugung mit großer Sorge beobachtet. Die Staatsregierung wird gegen jeden Mißbrauch der akademischen Freiheit mit aller Schärfe vorgehen. Sie wird dafür eintreten, daß besonders die weltanschaulich wichtigsten Befähigungen an unseren Hoch-

schulen in der Hand von Männern und Frauen sind, die fest auf dem Boden des heutigen Staates stehen. Es geht nicht an, daß gerade in diesen höchsten Professorenschichten, die nicht geeignet sind, die künftigen akademisch gebildeten Beamten mit dem Geiste aufsichtiger republikanischer Staatsgestaltung zu erfüllen. Auch auf kulturellem Gebiet waren gewisse Aufgaben zu leisten, um früher im alten Staat begangenes Unrecht wieder gutzumachen. Dazu gehört auch die Herstellung einer angemessenen Parität zwischen den Konfessionen und Weltanschauungsgruppen in Hochschule und Schule. Die Öffentlichkeit darf die Unrechtsfrage nicht als die Unrechtsfrage einer einseitigen Bevorzugung irgendeiner Konfession oder Weltanschauung fern liegen.

Rückblick und Ausblick.

Die Aufzählung, die ich Ihnen, meine Damen und Herren, hier gegeben habe, ist, wie Sie alle sehen, nur lüdenhaft und flüchtig umzogen. Es ist eben kaum möglich, eine so umfangreiche und vielseitige Regierungstätigkeit eines modernen Gemeinwesens von der Größe des Preussischen Staates in den engen Rahmen einer solchen Darstellung zu pressen. Was jeder aber daraus entnehmen muß, der nur guten Willens ist und unbereinigtem die Arbeit der preussischen Staatsverwaltung unter der Führung der jetzigen Regierung beurteilen will, das ist die unfehlbare Tatsache, daß es mit schnellen Schritten vorwärts, und aufwärtsgegangen ist. Unendlich viel schneller, als wir alle es glauben, und uns noch vor wenigen Jahren die tiefe Depressionsstimmung der Inflationen und des plötzlichen Dahinschwindens aller wirtschaftlichen Werte, die sich zur bloßen Fiktion verflüchteten, bedrückend umfangen hielt. Wir haben diese Zeiten überstanden. Und wir haben auch ohne jede nachwirkende Enttäuschung die anderen schweren Zeiten hinter uns gebracht, in denen durch die krisenhaften Entwicklung der wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse im Westen, in den ältesten Kulturgebieten unseres Landes, der einheitliche Bestand des Preussischen Staates vorübergehend ernsthaft gefährdet erschien. Die Preussische Staatsregierung ist in all diesen schweren Stunden nicht an der Zukunft Preußens und Deutschlands irre geworden. Sie war sich bewußt, daß sie auf vorgegebenem verantwortlichen Kampfpfad stand und bis zum letzten um die Existenz und um die Einheit des Staates und des Reiches kämpfen mußte. Nach all dem Trüben und Schwermem, das wir durchgemacht haben, kann uns die Aussicht auf kommende Schwierigkeiten wahrlich nicht mehr schrecken. Was uns heute noch bedrohen mag, sei es auch manchmal kompliziert und problematisch genug, wird nach menschlichem Ermessen in dieser Zeit der fortschreitenden Weltentwicklung kein Gegenstand sein, was hinter uns liegt. So hoffen wir mehr und mehr dazu kommen, daß kommende preussische Regierungen ganz anders als vorher, wo sie gegen wirtschaftliche und finanzielle Katastrophen elementarer Art und gegen Verwerfungsansprüche verunglückter und verelendeter Volksgenossen ankämpfen hatten, die Hände frei haben für produktive Aufbauarbeit. Diese Arbeit muß dem ganzen Volke zugute kommen, sie soll bessere Lebensbedingungen für die heute noch unter den Nachwirkungen der Schreckenszeit leidenden wertvollen Massen, für die bestlos geordneten ehemaligen Rentner und Mittelstandsberechtigten und besten Chancen zum Vorwärtskommen für alle die schaffen, die mit ihrer Hände und ihres Kopfes Arbeit sich in den wirtschaftlichen und kulturellen Produktionsprozess des Landes einreiben wollen. Möge aus den kommenden Wahlen ein neuer Landtag erwählen, dessen Mehrheitsverhältnisse einer konsequent republikanischen Staatsregierung die gesetzgebende Arbeit erleichtern und ihr die Möglichkeit geben, ihre Kräfte, anstatt sie dauernd in parlamentarischen Kämpfen zu versplittern, nur für große und wertvolle Aufgaben des Staates und des Volkes einzusetzen.

In der Republik ist nicht dynastische Familienpolitik und nicht die Heraushebung und Bevorzugung einer Klasse teilweiser Grund der Staatspolitik. Ganz und ungeteilt soll ihre Arbeit dem Volke in allen seinen Schichten und insbesondere denen, die die Staatsbürgerschaft notwendigsten brauchen, den wirtschaftlich Schwachen und Hilflösen, zugute kommen. Nicht Machtpolitik, wie im alten Preußen, soll hier getrieben werden, sondern wahre Volkspolitik, in all ihren Zweigen auf tiefe Erfüllung von dem Range nach sozialer Gerechtigkeit, von dem Wunsch und Willen, das wertvollste Gut des Staates, die lebenden Menschen, im Weltkampf zu unterstützen und sie wirtschaftlich und kulturell zu fördern und zu kräftigen. Es wächst über den Rahmen des Preussischen Staates, ja selbst des Deutschen Reiches hinaus, dessen Teil wir sind und dessen Größe, Stärke und Schönheit auch Ziel jeder Preußenpolitik sein muß, wahrhaft preussisch-republikanische, b. h. im tiefsten Sinne freiheitlich-demokratische und sozial gerechte Politik zur Arbeit im Dienste der Menschheit emporen. (Stimmlicher Beifall und Handklatschen links und in der Mitte.)

